



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/121

21. September 1949

Wachsen sein!

sp. Regierungserklärungen von Koalitionskabinetten gehören seit je in das Gebiet der politischen Äquilibristik. Es gibt recht stümperhafte Versuche, das Gleichgewicht zu halten, und es gibt Kabinettsstücke, die man bestaunen muss. Regierungserklärungen sollten verbindliche, d.h. verpflichtende Aussagen über das Arbeitsprogramm einer Regierung sein. In Wirklichkeit sind sie meist - und im Falle der Adenauerschen Erklärung trat das besonders deutlich hervor - ein Versuch, so wenig wie möglich anzuecken, also unverbindlich zu sein. Eine Regierungserklärung ist ein Stück Programm. Bei Programmen aber sind weniger der Inhalt als die Männer entscheidend, die es ausführen sollen.

Zwei Namen bestimmen das Bild und sind die Substanz dieser Regierung: Adenauer und Erhard. Über sie näheres zu sagen erübrigt sich, ihr persönliches und politisches Profil bedarf keiner Deutung mehr, es steht fest. Alles andere ist Gefolgschaft, Ornament oder Zugeständnis.

Der nächste nach ihnen ist Franz Blücher. Freunde rühmen seine wirtschaftlichen und finanziellen Fachkenntnisse und seine engen persönlichen Beziehungen zur Grossindustrie und führenden Bankkreisen. Gerade das macht ihn der anderen Seite des Hauses verdächtig. Loben die einen seine "genialische Phantasie" als Finanzmann und Wirtschaftler, so fehlt ihm nach Ansicht anderer sowohl das exakte Wissen als auch die schöpferische Kraft.

Bei dem Finanzminister Schäffer wird man besonders aufmerksam darauf zu achten haben, wie er auf seinem Fachgebiet die Bundesinteressen mit denen der Länder in Einklang bringt. Auch die FDP ist über diese Besetzung des Finanzministerpostens begreiflicherweise

nicht entzückt. - Ein aufrechter Demokrat und das, was man einen Linksliberalen nennen könnte, ist der Justizminister Dr. Dehler von der FDP. An ihm wird wiederum die CDU vermutlich keine ungetrübte Freude haben. Er ist ein Vertreter der jüngeren Generation, ein guter Jurist und ein Mann, der im Grunde Verständnis nicht nur für die Idee seines politischen Freundeskreises besitzt. Sein Fraktionskollege Wildermuth, der Wiederaufbauminister, früher ein hochgemuter Hauptmann, ist jetzt sozusagen ein Kriegsfreiwilliger der Politik, ein guter Demokrat, der aber vielleicht am liebsten Minister für eine Bundesmiliz geworden wäre. Nun - noch ist es nicht soweit.

Der bisherige Oberbürgermeister von Essen und jetzige Innenminister, Dr. Heinemann, ist ein ernster Mann. Und seine Berufung hat sicher auch den Zweck gehabt, dem protestantischen Element der CDU entgegenzukommen. Er ist ein erfahrener und befähigter Verwaltungsfachmann, eigenwillig und von anerkanntem sozialen Verantwortungsbewusstsein.

Arbeitsminister Storch gilt als schwach. Er ist ein Verfechter vieler guter Vorsätze, die aber schon in Frankfurt/Main fast sämtlich im Gestrüpp der Bürokratie und auch interner Gegensätze innerhalb seiner eigenen Partei, der CDU, hängen geblieben. Eine ausgesprochene Verlegenheitswahl war offenbar die von Professor Niklas zum Ernährungsminister. Gewiss ist er anerkannter Spezialist in Fragen der Tierzucht und der landwirtschaftlichen Absatzorganisation, aber selbst seine bayerischen Freunde bewerten seine allgemeine agrarpolitische Befähigung als nicht besonders hoch, sicher besitzt Schlang-Schönungen ein anderes Format. Schubert, der Postminister, ist ein politisch farbloser Fachmann.

Ganz anders Jakob Kaiser. Weshalb er, der mit seiner Ostpolitik heargenau gezeigt hat, wie man es nicht machen durfte, mit der Leitung gerade des Ost- oder Ministeriums für die deutsche Einheit betraut wurde, ist unverstänlich. Kaiser hat niemals die politische Situation gerade auf dem Gebiet begriffen, auf dem er jetzt führend tätig sein soll. Er hat Brücken zu bauen versucht, wo Grenzen zu ziehen waren, er hat Block-, d.h. Unterwerfungspolitik, gemacht, wo die einzige Chance im Widerstand und in der Härte lag. Seine

neuerliche Adenauerverehrung trägt peinlich servile Züge.

Lukaschek, politisch früher dem Zentrum zugehörig, ist sicher bemüht, der Not der Vertriebenen mit allen seinen Kräften zu steuern. Ob diese ausreichen werden, ist eine andere Sache, denn er ist mehr ein Mann des guten Willens, als starker Ellenbogen.

Die beiden rechten Flügelmitglieder des Kabinetts kommen aus Niedersachsen: Der biedere, etwas bauernschlaue Hellwege und der ehrgeizige, sehr selbstbewusste und temperamentvolle Dr. Seebohm. Hellwege hat zwar kein eigenes Ressort, aber einen Spezialauftrag: Wachhunde der strenggläubigen Föderalisten zu sein.

Dies ist das nicht sehr erfreuliche Gesamtbild: Eine orthodox-konservative Regierung mit einigen schwachen liberalen Akzenten.

Für die Opposition ist sie die verkörperte Mahnung zu ständiger argwöhnischer Wachsamkeit.

(u/1/219/1/hs)

* * * *

Wohnungsbau ist reformbedürftig. Alliierte Kredite für den deutschen Wohnungsbau waren vor den Wahlen verschiedentlich von den Vertretern der freien Wirtschaft gefordert worden. Ohne diese Kredite, so argumentierte man, könne die Wohnungsnot in Deutschland nicht merkbar gelindert werden.

Die Amerikaner haben daraufhin dem deutschen ERI-Vertreter in Paris, Dr. Günther Keiser, ihre Bedingungen für die Kreditierung des deutschen Wohnungsbaus bekanntgegeben, die Dr. Keiser kürzlich auf der Essener Tagung des Zentralverbandes des Baugewerbes den Bauunternehmern mitteilte. Aus dem Gegenwertfonds würden für den deutschen Wohnungsbau keine alliierten Mittel freigegeben, so erklärten die Amerikaner, bevor nicht eine scharfe Kalkulation im deutschen Baugewerbe nachgewiesen werde und mit tragbaren Mieten für den deutschen Verbraucher gerechnet werden könne.

Diese Stellungnahme ist eine vernichtende Kritik für die Geschäftsmethoden des deutschen Baugewerbes, das mit seinen Gewinnspannen den Wohnungsbau drosselt. Es erhebt sich nach dieser amerikanischen Stellungnahme die Frage, ob man nicht auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaues zu scharf kontrollierten grösseren genossenschaftlichen Bauorganisationen kommt, die durch auf die Massenproduktion von Wohnungen eingestellten Baumethoden den Wohnungsbau nicht nur erheblich verbilligen, sondern ihn auch beschleunigen. Teure Wohnungen bei gleichen Löhnen bedeuten verringerten Lebensstandard. Man sollte die durch die Mieter erfolgende Beeinflussung des Lebensstandards nicht dem privaten Baugewerbe überlassen, vor allem nicht zu einem Zeitpunkt, in dem die Amerikaner sogar die Kalkulation des deutschen Baugewerbes derart vernichtend kritisieren.

(b/332/3/219/hs)

* * *

Vor den Wahlen in Österreich

-s Wien, Ende September

Es ist gewiss, dass die SPÖ, die Sozialistische Partei Österreichs, bei den Nationalratswahlen am 9. Oktober einen grossen Erfolg haben wird; es bestehen sogar Aussichten, dass sie die absolute Mehrheit erlangt. Für die günstigen Annahmen sprechen mehrere Gründe: Die SPÖ hat einen festen und werbefreudigen Kader in einer starken Mitgliedschaft; sie hat grundsatztreu gearbeitet und gehalten, was sie versprochen (sie hat auch, im Gegensatz zu anderen, nicht versprochen, was unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu halten gewesen wäre). Ihre Repräsentanten haben reine Westen und die SPÖ hat auch die stabilsten Kandidatenlisten. Was ihr ausserhalb der Partei vorgeworfen wird, ist ihre koalitionsgebundene Mitwirkung an der Währungsregelung und am Entnazifizierungsgesetz.

Wirbt so der Eigenwert positiv für die SPÖ, so wird ihre Stellung noch verstärkt, weil die "Konkurrenten" besondere Schwächen entwickelt haben. Die ÖVP, die Österreichische Volkspartei, hat 1945 zu vielen zuviel versprochen, vor allem den ehemaligen Nationalsozialisten; sie teilt auch das Schicksal aller Sammelparteien, die bei ungleichartigem Gefüge immer (ev. abwechselnd) eine Gruppe ihrer Anhänger zu Gunsten der anderen benachteiligen müssen. - Die KPÖ, Kommunistische Partei, hat alle Untaten in der Ostzone Österreichs verteidigen müssen; sie war schon vor vier Jahren schwach und man hofft, sie jetzt vor dem völligen Versagen durch Koppelung mit einer neuen Gruppe von "Linkssozialisten" unter dem von der SPÖ ausgestossenen Erwin Scharf zu retten. Allein würde die KPÖ kaum noch ins Parlament kommen.

Im November 1945 haben in Österreich von 3,424.323 Wahlberechtigten 3,217.354 ihre Stimme abgegeben; die ÖVP erhielt damals 49.8 Prozent der Stimmen und 85 Mandate, die SPÖ 44.6 Prozent und 76 Mandate, die KPÖ 5.4 Prozent und vier Mandate (0.2 Prozent gingen an eine "Demokratische Partei" in Kärnten).

Nun zählt man aber dieses Mal 4,356.562 Wahlberechtigte. Mehr als eine halbe Million ehemalige Nationalsozialisten waren 1945

von der Wahl ausgeschlossen und sind als "Minderbelastete" jetzt zugelassen; über 200.000 junge Menschen sind in das wahlfähige Alter gekommen, ebensoviel Heimkehrer waren 1945 noch abwesend; auch etwa 20.000 eingebürgerte Volksdeutsche wählen mit (die anderen haben als Staatenlose kein Wahlrecht). Und es treten neue Wahlwerbende auf.

Neben den schon erwähnten "Linksozialisten" ist eine "Demokratische Union" aufgetreten, die kaum Erfolgsaussichten hat und vielleicht noch zurücktritt; wenig bedeutend sind auch die "Ergokraten", eine Splittergruppe mit Schwundgeldidealen, ähnlich wie in Deutschland die Radikalsozialistische Freiheitspartei.

Der grosse Lärm ist um die "Wahlpartei der Unabhängigen" des Verleger-Journalisten Dr. Herbert A. Kraus, entstanden, der man als einziger unter den neuen Gruppen einen wesentlichen Erfolg verspricht; die Schätzungen gehen von zehn Mandaten in der Auslandspresse bis zum Doppelten und darüber bei den Anhängern. Die Gruppe hat einen starken Zustrom von ehemaligen Nationalsozialisten zu erwarten. So steht diese Wahlpartei in starkem Kampf mit der ÖVF, die auch ihrerseits durch "alte Kämpfer" um die ehemaligen Nationalsozialisten wirbt. Die ÖVF hat nicht nur die meisten Stimmen, sondern auch die winzige Majoritätsspanne zu verlieren und hat sich daher auch am längsten gegen die Zulassung der Wahlpartei gesträubt.

Um die Zulassung der "Neuen" ging lange der Streit; nun kommen sie als "wahlwerbende Gruppen" doch alle zum Zug, während "politische Parteien" eine Zulassung des Alliierten Rates gebraucht hätten. Die österreichische Regierung hat von den Alliierten eine Zusicherung gewünscht, dass sie das Ergebnis der Wahlen, wie immer es ausfalle, auch anerkennen werden. Diese Zusicherung scheiterte an der Weigerung der Sowjets. Man denkt deshalb mit Unruhe darüber nach, was dieser Vorbehalt für eine Bedeutung gewinnen könnte.

* * * * *

Mit der Sowjet-Freiheit in Konflikt geraten

sp. Der 19-jährige Oberschüler Karl Richter aus Halle sandte an den NWDR Hamburg, auf einen Kommentar des Senders Bezug nehmend, einen Brief, in dem er die Verhältnisse in der Ostzone schilderte. Den Brief adressierte er an Verwandte in Niedersachsen mit der Bitte um Weiterleitung. Auf dem Briefumschlag nannte er einen x-beliebigen Absender, doch legte Richter für seine Verwandten einen Zettel bei, auf dem er seinen richtigen Vornamen anführte. Der Direktor der Schule erhielt den Auftrag, den Absender ausfindig zu machen. Zwecke Stichproben sammelte er die Schulhefte von vier Schülern ein, deren Vorname mit dem Richters identisch war. Richter hatte in seinem Brief an den NWDR mitgeteilt, welcher Schulklasse er angehört. Nach einigen Tagen bekamen die Schüler die Hefte zurück. Kurz darauf erschien ein weibliches Mitglied der FDJ im Klassenzimmer und verlangte, dass Richter mit ihr zum Jugendamt komme. Der Weg ging nicht zum Jugendamt, sondern zur Sowjet-Kommandantur in Halle.

Nach mehrstündiger Wartezeit wurde Richter einem sowjetischen Offizier vorgeführt, der ihn eingehend verhörte. Der Offizier schrieb ein Protokoll in russischer Sprache selbst mit. Am Schluss des Verhörs wurde Richter durch eine Dolmetscherin vermittelt, dass er zu 25 Jahren "Lager" verurteilt sei. Dieser fünfständigen Verhandlung wohnten nur drei Personen bei. Richter wurde danach in das deutsche Polizeigefängnis eingeliefert, und es wurden ihm sämtliche Sachen abgenommen. Er kam zunächst allein in eine Zelle und danach in eine Zelle, die schon mit zwei Jugendlichen belegt war. Die beiden Jugendlichen, ein Pole und ein Volksdeutscher, die keine politischen Delikte begangen hatten, teilten ihm sofort einen von ihnen gefassten Fluchtplan mit.

Das Fenster der Zelle war nicht vergittert, sondern mit einem Drahtgeflecht versehen. In dieses Drahtgeflecht hatten die beiden Häftlinge ein Loch gebohrt, durch das ein Mann bequem schlüpfen konnte. Nach der letzten Visite durch den wachhabenden Polizisten gegen 20.00 Uhr begannen die drei ihre Flucht. Sie liessen sich nacheinander an einer Regenrinne auf die Strasse, einer Seitengasse des Gefängnisgebäudes herunter. Richter trennte sich von seinen Fluchtgefährten, fuhr kurz nach Hause, um sich Geld und Verpflegung zu holen. Er fuhr dann auf dem schnellsten Wege nach Berlin, wo er sich in den West-

21.9.1949

sektor begab.

Das Schicksal Richters ist typisch für die Sicherheitsverhältnisse in der Ostzone. Da Richter noch seine Verwandten in der Ostzone hat, haben wir Familien- und Ortsnamen geändert. Der Tatbestand ist unverändert so geblieben, wie ihn uns unser Mitarbeiter bekanntgegeben hat. (b/B1/219/2/hs)

Aussenpolitik und Kirche

sp. Demnächst soll, wie wir hören, in Bad Salzschlirf, Kreis Fulda, eine Tagung des Gustav Adolf-Bundes stattfinden. Es ist bekannt, dass dieser Bund seit längerer Zeit von einem Kreis, der sich um den bekannten Grafen Solms gebildet hat, dazu benutzt wird, politische und persönliche Bestrebungen zu tarnen. Sie zielen darauf ab, möglichst viele Angehörige des früheren Auswärtigen Dienstes in ein kommendes Aussenministerium des Bundes oder zunächst in andere Ämter und Dienststellen mit vorbereitenden Aufgaben zu lancieren. Die Verbindung dieser Bestrebungen mit dem evangelischen Gustav Adolf - Bund geht offenbar darauf zurück, dass, wie auch aus anderen Anzeichen hervorgeht, die Kirche in Deutschland, vor allem auch die katholische, eifrig bemüht ist, auf dem Gebiete der deutschen Aussenpolitik führenden personellen Einfluss zu gewinnen.

(m/1/219/1/hs)

* * *

In der "Goldenen Stadt" dürfen nur Kommunisten wohnen

sp. Die auf dem letzten Parteitag der tschechischen Kommunisten angekündigte grosse Säuberung der Staatshauptstadt von Nichtkommunisten wird mit aller Energie vorwärts getrieben. Wer nicht Parteimitglied und nicht in der Industrie in und um Prag beschäftigt ist, wird in der Provinz, vornehmlich in den leeren Häusern der vertriebenen Sudetendeutschen, angesiedelt. Prag soll zu einer einheitlichen kommunistischen Metropole umgestaltet werden. Nach einer der vielen Säuberungsaktionen konnten bis Anfang August bereits über 10.000 kommunistischen Bewerbern in Prag Wohnungen zugewiesen werden. Nach einer Mitteilung des tschechischen statistischen Staatsamtes wurden nach der Vertreibung der Deutschen aus Prag 14.000 Wohnungen an Tschechen zugewiesen. Auch 8.000 tschechische Wohnungen sind damals freigeworden, deren Inhaber teils als Kollaborateure ums Leben kamen, eingesperrt wurden, oder über die Grenze ins Ausland flüchteten.

* * *

(b/B81/219/1/hs)